

Sima/Weish: Eine Erfolgsgeschichte - fünf Jahre Gen-Mais-Importverbot

Utl: Österreichs gen-kritischer Kurs hat in der EU Schule gemacht =

Wien (SK) "Eine österreichische Erfolgsgeschichte" ist für SPÖ-Umweltsprecherin Ulli Sima der morgige fünfte Jahrestag der Verhängung des österreichischen Importverbots für den Gen-Mais der Firma Novartis: "Das aufgrund ökologischer und gesundheitlicher Bedenken am 13. Februar 1997 von der damaligen Gesundheitsministerin Christa Krammer erlassene Importverbot wurde von so manchen in der EU damals milde belächelt. Tatsache ist, dass die EU-Kommission bis heute keine Schritte dagegen unternommen hat, obwohl sie nach Artikel 16 der EU-Freisetzungsrichtlinie nach maximal drei Monaten über ein derartiges Importverbot entscheiden müsste", erläuterte Sima Dienstag in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Peter Weish, einem Mitinitiator des Gentechnik-Volksbegehrens. ****

Der genkritische Kurs Österreichs hätte schon längst in der EU Schule gemacht, seit 1998 gab es keine Neuzulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen innerhalb der Europäischen Union mehr. "Österreich hat sich gemeinsam mit einer losen Koalition aus weiteren fünf gentechnisch kritischen Ländern gegen jegliche Neuzulassung ausgesprochen, bis es EU-Regelungen für Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Haftung gibt", so Sima. Mit Erfolg, denn vor wenigen Wochen habe die EU-Kommission erstmals einen Vorschlag zu diesen Punkten vorgelegt. "Anders als in der Anti-Atom-Politik hat es Österreich in Sachen Gentechnik geschafft, Verbündete zu finden und innerhalb der EU einen Umdenkprozess einzuleiten, der auf jeden Fall konsequent weiter vorangetrieben werden muss."

Zum fünften Jahrestag der Verhängung des Importverbots über den Novartis-Mais erinnert Molekularbiologin Sima an die - "absolut berechtigten" - Gründe für die österreichische Entscheidung: Der besagte Mais produziert das Insektengift Bt und wurde mittels Gentechnik gegen das Unkrautvernichtungsmittel "basta" resistent gemacht. Außerdem wurde dem Mais ein Resistenz-Gen gegen das Antibiotikum Ampicillin eingebaut, das zur Familie der in der Humanmedizin verwendeten Penicilline gehört. "Die Ausbreitung von Antibiotika-Resistenz-Genen kann dazu führen, dass die lebenswichtigen Medikamente bei der Behandlung kranker Menschen nicht mehr wirken. Es ist fahrlässig, solche Gene hektarweise auf die

Felder zu verbreiten", warnte Sima.

Auf das Novartis-Mais-Importverbot folgten zwei weitere Importverbote. 1999 gegen den Gen-Mais Mon 810, der das Bt-Gen enthält, im Jahr darauf gegen den Gen-Mais T 25, der mittels Gentechnik gegen das Unkrautvernichtungsmittel "basta" resistent gemacht wurde. Auch diese beiden Importverbote wurden bis heute von der Kommission nicht aufgehoben. Auch in Österreich selbst hat die ablehnende Haltung der Bevölkerung Konsequenzen, seit 1997 gab es keinen einzigen Freisetzungsantrag für genmanipulierte Pflanzen.

"Nach massiven Protesten bei den ersten gestellten Anträgen 1996 und dem Gentechnik-Volksbegehren, das 1,2 Millionen ÖsterreicherInnen unterschrieben haben, hat die Industrie zur Kenntnis genommen, dass die neue Risikotechnologie in der Landwirtschaft und im Lebensmittelbereich keine Akzeptanz findet", so Sima. Umso bedauerlicher sei die illegale Freisetzung von Gen-Mais auf Österreichs Feldern letzten Sommer gewesen, wo aufgrund von Schlamperei einiger Saatgutfirmen mit Gen-Mais verunreinigtes Saatgut in den Handel und schließlich auf die Felder gelangte. "Die Konsequenz aus dem Debakel ist eine Grenzwert-Verordnung, die die Verunreinigung von Saatgut regelt", erläuterte die SPÖ-Umweltsprecherin.

Handlungsbedarf bestehe aber im Futtermittelbereich, dann dort wurden in 20 von 27 Proben gentechnisch verändertes Soja gefunden. Es werde zwar eine EU-Richtlinie ausgearbeitet, bis diese aber wirksam werde, werde es noch ein bis zwei Jahre dauern. Bis dahin fordert Sima eine Übergangsregelung, beispielsweise durch eine Verordnung, die es ermöglicht, Österreich mit gentechnikfreiem Soja aus Amerika zu versorgen. Außerdem soll es einen Round Table mit Vertretern der Futtermittelindustrie geben, um dieses Ziel zu erreichen, schloss Sima. (Schluss) ns

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

Tel.: (01) 53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0120 2002-02-12/12:19

121219 Feb 02

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020212_OTS0120